



## Hormus fest unter iranischer Kontrolle: Teheran institutionalisiert seine Macht über die wichtigste Ölroute der Welt

Mitten im eskalierenden Konflikt im Nahen Osten hat der Iran einen Schritt vollzogen, der weit über symbolische Kriegsrhetorik hinausgeht. Teheran kündigte offiziell die Gründung einer neuen Behörde zur Verwaltung der Straße von Hormus an – jener Meerenge, durch die rund ein Fünftel des weltweit gehandelten Rohöls transportiert wird. Die Maßnahme deutet darauf hin, dass die iranische Führung ihre faktische Kontrolle über die strategische Wasserstraße dauerhaft institutionalisieren will.

Die neu geschaffene „Persian Gulf Strait Authority“ (PGSA) soll künftig „Echtzeitinformationen über Operationen“ in der Straße von Hormus bereitstellen. Die Ankündigung wurde am Montag sowohl vom Obersten Nationalen Sicherheitsrat als auch von den Revolutionsgarden verbreitet. Über die genauen Kompetenzen der Behörde schweigt Teheran bislang. Branchenmedien berichten jedoch bereits, dass durchfahrende Schiffe künftig detaillierte Angaben zu Eigentümern, Versicherungen, Besatzungen und geplanten Routen machen müssen.

Damit verschiebt sich die Dynamik im Persischen Golf grundlegend. Aus einer militärischen Drohkulisse wird zunehmend ein administratives Kontrollregime.

## Eine Meerenge mit globaler Sprengkraft

Die Straße von Hormus zählt zu den sensibelsten geopolitischen Nadelöhren der Weltwirtschaft. Täglich passieren dort nach Schätzungen internationaler Energieagenturen zwischen 17 und 20 Millionen Barrel Rohöl sowie erhebliche Mengen Flüssiggas. Vor allem die Golfstaaten Saudi-Arabien, Katar, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate sind auf die Passage angewiesen, um ihre Energieexporte Richtung Europa und Asien abzuwickeln.

Bereits geringe Störungen im Schiffsverkehr können unmittelbare Folgen für die globalen Energiemärkte haben. Historisch zeigte sich dies mehrfach: während des Iran-Irak-Krieges in den 1980er Jahren, bei den Tankerangriffen 2019 oder nach der Tötung des iranischen Generals Qassem Soleimani Anfang 2020. Doch bislang blieb die Kontrolle über die Passage formal im Rahmen internationaler Seerechtsnormen.

Die nun angekündigte Behörde markiert einen qualitativen Unterschied. Erstmals erhebt der Iran implizit den Anspruch, nicht nur militärisch präsent zu sein, sondern den Transit administrativ zu überwachen und regulierend einzugreifen.



## Kontrolle als strategisches Druckmittel

Seit Beginn der jüngsten regionalen Eskalation hat Teheran seine Position im Golf systematisch ausgebaut. Die Revolutionsgarden kontrollieren nach westlichen Sicherheitsanalysen weite Teile der maritimen Überwachung, während ausländische Reedereien ihre Versicherungsprämien drastisch erhöhen mussten.

Die Einführung der PGSA könnte mehrere Ziele verfolgen.

Erstens schafft der Iran damit ein Instrument zur Legitimation seiner Maßnahmen. Anstelle spontaner militärischer Eingriffe entsteht der Eindruck eines institutionalisierten Sicherheitsmanagements. Dies erlaubt Teheran, Kontrollen, Verzögerungen oder Inspektionen künftig als administrative Notwendigkeit darzustellen.

Zweitens erhöht die Behörde den wirtschaftlichen Hebel gegenüber westlichen Staaten. Bereits die Unsicherheit über mögliche Einschränkungen des Tankerverkehrs genügt häufig, um Ölpreise steigen zu lassen. Für importabhängige Volkswirtschaften Europas oder Ostasiens entsteht damit ein erhebliches Risiko.

Drittens dürfte die Maßnahme auch innenpolitisch motiviert sein. Die iranische Führung präsentiert sich als Schutzmacht einer zentralen globalen Handelsroute und demonstriert Stärke gegenüber den USA und Israel. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Belastung und internationaler Sanktionen besitzt diese Symbolik hohe Bedeutung.

## Der Westen zwischen Abschreckung und Abhängigkeit

Die Reaktionen westlicher Staaten fallen bislang zurückhaltend aus. Hinter den Kulissen wächst jedoch die Sorge vor einer schleichenden Normalisierung iranischer Kontrolle über die Passage.

Besonders problematisch ist die Lage für Europa. Die Europäische Union versucht seit Jahren, ihre Energieversorgung zu diversifizieren und Abhängigkeiten zu reduzieren – zunächst von Russland, nun zunehmend auch von geopolitisch instabilen Transitregionen. Dennoch bleibt der Persische Golf für den Weltenergiemarkt unverzichtbar.

Parallel treffen sich die Finanzminister der G7-Staaten in Paris, um die wirtschaftlichen Folgen des Nahostkonflikts zu beraten. Im Mittelpunkt stehen neben den steigenden Energiekosten



auch die Auswirkungen auf Lieferketten, Düngemitteltransporte und Inflation. Mehrere Staaten prüfen offenbar Unterstützungsmaßnahmen für besonders betroffene Industriezweige.

Die Nervosität erklärt sich nicht zuletzt aus der Erfahrung früherer Energiekrisen. Schon kurzfristige Verwerfungen an den Ölmärkten können globale Preisbewegungen auslösen. Angesichts ohnehin schwacher Konjunkturaussichten in Europa wächst die Furcht vor einer neuen Phase wirtschaftlicher Unsicherheit.

## Israelische Angriffe und amerikanische Drohungen

Parallel verschärft sich die militärische Lage weiter. Israel führte erneut Luftangriffe im Libanon durch, bei denen nach libanesischen Angaben sieben Menschen getötet wurden, darunter ein Kommandeur des Palästinensischen Islamischen Dschihad. Trotz verlängerter Waffenruhe bleibt die Nordfront zwischen Israel und proiranischen Kräften hochgradig instabil.

Auch die Rhetorik aus Washington verschärft den Druck. US-Präsident Donald Trump warnte den Iran öffentlich vor massiven Konsequenzen, falls keine Einigung in den stockenden Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zustande komme. Seine Aussagen, wonach „nichts mehr vom Iran übrig bleiben“ werde, markieren eine weitere Eskalation des Tons zwischen beiden Staaten.

Diese Konstellation erhöht die Gefahr von Fehlkalkulationen erheblich. Die Straße von Hormus ist nicht nur ein wirtschaftlicher Korridor, sondern zugleich ein militärischer Brennpunkt mit permanenter Präsenz amerikanischer, britischer und iranischer Marineeinheiten.

## Ein Präzedenzfall für die internationale Ordnung

Völkerrechtlich bewegt sich die iranische Initiative in einer Grauzone. Zwar grenzt die Straße von Hormus unmittelbar an iranisches Hoheitsgebiet, doch gilt sie nach internationalem Seerecht als Transitpassage mit garantierter Durchfahrt für die internationale Schifffahrt.

Sollte der Iran jedoch faktisch bestimmen, welche Schiffe welche Informationen liefern müssen oder unter welchen Bedingungen die Passage erfolgt, könnte dies als Präzedenzfall



## Hormus fest unter iranischer Kontrolle: Teheran institutionalisiert seine Macht über die wichtigste Ölroute der Welt

weitreichende Folgen haben. Andere Staaten könnten ähnliche Kontrollmechanismen in strategischen Meerengen etablieren – etwa im Südchinesischen Meer oder in der Arktis.

Damit steht mehr auf dem Spiel als nur die Stabilität der Energiemärkte. Es geht um die Frage, ob zentrale Handelsrouten künftig stärker nationaler Machtpolitik unterworfen werden.

Die kommenden Wochen dürften zeigen, ob die neue Behörde vor allem ein politisches Signal bleibt oder ob Teheran tatsächlich beginnt, den Schiffsverkehr systematisch zu regulieren. Bereits jetzt aber hat der Iran demonstriert, dass er seine geostrategische Position offensiv nutzt – nicht nur militärisch, sondern zunehmend institutionell und administrativ. Für die Weltwirtschaft bedeutet dies eine neue Form geopolitischer Unsicherheit, deren Auswirkungen weit über den Nahen Osten hinausreichen könnten.

Von Andreas Brucker